

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 5

Artikel: Spaniens Völker : ein Nationalstaat auf der Suche nach seiner endgültigen Form
Autor: Hottinger, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163319>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Spaniens Völker

Ein Nationalstaat auf der Suche nach seiner endgültigen Form

Wer von aussen an Spanien herantritt, ist versucht, das Problem der spanischen Nationalitäten als eine unnötige Komplikation zu empfinden. Es ist schon schwierig genug spanisch zu lernen, so mag man denken; warum muss es nun angebliche «Völker» innerhalb Spaniens geben, die darauf bestehen, Katalanisch, Baskisch, Gallego zu sprechen, oder gar die ausgestorbene Sprache des Guanche auszugraben, die einst auf den Kanarischen Inseln gesprochen worden ist – besonders wo all diese Leute doch spanisch zu sprechen scheinen und sich, jedenfalls in den Städten, in erster Linie in jener Sprache zu verständigen pflegen?

Es handelt sich jedoch nicht nur um die linguistische Bequemlichkeit des Fremden. Wer über die Grenze nach Spanien kommt, welche immer es sei, die katalanische, die baskische, oder im Flugzeug direkt nach Galicia oder auf die Kanarischen Inseln, der ist zuerst und überwältigend davon betroffen, in Spanien zu sein. Das Land hat seinen einprägsamen Charakter, vom ersten Dorf an der Grenze ab. Gewiss, manches mag äusserlich sein; man weiss, die so charakteristischen Lackhüte der Guardia Civil, die unvermeidlich an Goya erinnern, sind ebenso spanisch wie bei den Spaniern – besonders der Unterschichten – wenig beliebt. Die *paella Valenciana* und der *cante jondo* der andalusischen Gitanos werden von den Touristen so unerbittlich auch an der Costa Brava gefordert und in San Sebastián, dass man sie ihnen halt bietet, als handelte es sich um pan-spanische Produkte. Stierkampfarenen gibt es auch überall; sie gehen in der Tat auf eine allgemein spanische Mode zurück, die sich dem Land von Süden nach Norden her im 18. Jahrhundert überlagerte. Madrid hat, wie es natürlich ist, oft als Modell und Vermittlerin solcher Moden gedient. Schliesslich sendet Madrid seine «Delegationen» in eine jede Provinz, kleine Abbilder der grossen Regierung von Madrid, denen der Zivilgouverneur vorsteht und für die ein jedes Ministerium seinen Vertreter bestimmt.

Gibt es nicht sogar spanische Baustile von gesamtspanischer Gültigkeit, den Barock und schon vor ihm die Rankengothik des Spätmittelalters sowie

auch später noch zum Beispiel das Neo-aljamiado der Ziegelbauten aus dem vergangenen Jahrhundert? – und auch typisch spanische Bauprodukte, wie die Plaza Mayor aus vier gleichen Fassaden, die man nicht nur in Salamanca findet, in Madrid, sondern auch im höchst baskischen San Sebastián. Man wird zuerst und zuoberst immer auf das ausgesprochen Spanische stossen, typisch bis zur portugiesischen Grenze; und das ist ja in der Tat auch geradezu unvermeidlich: in allen spanischen Schulen werden die gleichen spanischen Klassiker gelesen; das gleiche Programm wird unterrichtet, das zu den gleichen Examina führt. Die Peseta regiert über eine Wirtschaft eigener Natur, die sich überall bis an die Grenzen und Küsten hin ausdehnt und keine Leerräume duldet. Konventionen gelten, Kleidung, Betragen, Sprache, die sich über das ganze nationale Gebiet erstrecken. Die ersten Eindrücke wirken sich dahin aus, dass der fremde Besucher beinahe geneigt sein könnte, den Beamten und den Bewohnern der Hauptstadt (in dieser Hinsicht sind sie sich ausnahmsweise einig) recht zu geben, wenn sie die Ansprüche der Randprovinzen, als eigene «Völker» zu gelten, eher ungeduldig von sich weisen. Wenn sie angriffig fragen: was wollen die denn, ins Mittelalter zurückkehren, die mühsam erworbene Einheit der Halbinsel auflösen? (Portugal pflegt man bei solchen Argumenten zu übersehen), die Wirtschaft ruinieren, die des spanischen Gesamttraumes dringend bedarf und sogar darüber hinaus den grossen Markt Europas anstrebt? – Ihre Dialekte sprechen? Das können sie ja, wenn sie so sehr daran hängen, solange sie nur nicht erwarten, dass jedermann sie versteht!

Dabei fällt früher oder später das Wort, das die Katalanen zu wütenden Verbalprotesten bewegt und die Basken dazu, die Fäuste zu ballen, wenn nicht gar mit ihnen dreinzuschlagen: Dialekt. – Es sind Sprachen! Kommt unweigerlich die Antwort: «Die unsere ist älter und ehrwürdiger als das Kastilische, die Ursprache der Iberier, sagen die Basken»; die älteste literarische Sprache Europas, zusammen mit dem Provenzalischen, betonen die Katalanen. Die Gallegos pflegen schweigend dabei zu stehen und sich darauf zu beschränken, das Ihre zu denken, obgleich sie natürlich auch darauf hinweisen könnten, dass sogar die kastilischen Könige ihre Sprache zum Dichten verwendeten, als das Kastilische dafür noch zu unreif war.

Man muss eine Zeitlang in Spanien gelebt haben, um die Argumente der Randvölker nachzuempfinden. Allmählich beginnt man zu verstehen, dass das Kastilische eine Art Glanzlack darstellt, der ganz verschiedene Gebiete überzieht und ihnen einen spanischen Oberflächenschimmer verleiht. Dann beginnt man zu erkennen, dass der Lack ausserdem an verschiedenen Stellen brüchig zu werden beginnt. Eben in den drei anderssprachigen Landesteilen, in Andalucía wohl auch, gewiss auf den Inseln im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean.

Nationalstaat und Weltreich

Spanien ist bekanntlich der erste europäische Nationalstaat gewesen. Dies war eine Leistung Kastiliens – und Aragóns (Aragón aber schloss als Hauptbestandteil Katalonien in sich). Der Nationalstaat ist seltsamerweise im Augenblick seiner Vollendung, 1492, als Granada den Muslimen entrissen wurde, auch gleich zum Welt- und Kolonialreich geworden; Kolumbus segelte kurz darauf aus Palos aus, um den Kastilianern ihr Kolonialreich zu verschaffen. Die Aragonesen besaßen das ihrige, in Sizilien und Süditalien gelegen, schon seit über zweihundert Jahren; an die amerikanische Expansion und die mediterrane Vorherrschaft schlossen sich ein Menschenalter nach der Einnahme von Granada die österreichische und flämische Erbschaft an (Karl V.) und 60 Jahre später kam die portugiesische Erbschaft hinzu, die ein ganzes Weltreich darstellte (1580). Die Entstehung des Nationalstaates Spaniens fällt in ein Jahrhundert der gleichzeitig vor sich gehenden ungeahnten Expansion. Die Halbinsel, einschliesslich Portugals, ist in jenen Zeiten nach aussen hin orientiert. Die alten Unterschiede der hispanischen Königreiche, an die man sich durchaus noch hielt, schienen gegenüber den Weiten Amerikas, Ostasiens und gegenüber den Reichtümern von Neapel und Flandern von untergeordneter Bedeutung zu sein. Dies ist der Augenblick, in dem der katalanische Dichter Boscán kastilische Verse schreibt (noch heute diskutieren die Katalanen darüber, ob diese Tatsache ihn zum Verräter stempelt) und in dem Antonio Tenreiro portugiesisch den Landweg von Hormuz bis Venedig schildert, doch jedesmal, wenn er etwas Schönes sieht, das ihm gefällt, sagt er: «Wie in Spanien.» Aus der Distanz erscheint ihm die ganze Halbinsel als eine Einheit.

Doch der Wechsel von der Expansion zur Defensive, der unter den beiden Nachfolgern Philipps II. stattfindet (Philipp III. und IV.), bewirkt auch zum erstenmal, dass der aus verschiedenen Königreichen zusammengesetzte, halbfertige Nationalstaat in die Krise gerät. Es war der Conde Duque de Olivares, der seinem Herrn, Felipe IV., eine Politik der Zentralisierung vorschlug. Bis auf ihn waren die verschiedenen Teile des Königreiches nach ihren eigenen Gesetzen, von ihren eigenen Ratsversammlungen und in blosser Personalunion regiert worden; der König von Kastilien war auch der König von Aragón, Conde de Barcelona, König von Portugal, von Navarra, Valencia, Murcia usw. Wobei die verschiedenen Gebiete ihre eigenen Gesetze und Privilegien besaßen. Der Versuch, sie gleichzuschalten, führte zu Unruhen im Baskenland (1630); zum Aufstand in Portugal (1640), der mit der Wiederherstellung einer portugiesischen Dynastie, des Hauses Bragança, endete; zu einem Krieg in Katalonien, einer Verschwörung in Andalusia und

einer anderen in Aragón. Zwei Kriege wurden gleichzeitig geführt, gegen die Aufständischen von Katalonien (1640–1659) und gegen das abtrünnige Portugal. Portugal gewann den seinen, doch Katalonien verlor seinen «Unabhängigkeitskrieg», zum Teil wegen der französischen Hilfe, die diesen Krieg in einen französisch-spanischen verwandelte.

Die Katalanen erhoben sich zuerst gegen die Kastilier und ihre Besetzungstruppen (Corpus de Sangre 1640), später wurden sie der französischen Besetzung müde, konspirierten gegen ihre Bundesgenossen und ermöglichten die kastilische Wiedereroberung von Barcelona vom Jahr 1652. In Andalusía waren es die grossen Feudalherren aus dem Hause Guzmán, die sich verschworen, mit dem Ziel ein Königreich Andalusien auszurufen, dessen Herrscher der Herzog von Medina Sidonia werden sollte. Die Verschwörung von Aragón (1648) stellte eine komplizierte Hofintrige dar, deren Pläne um französische Hilfe kreisten und auch das Projekt mitumfassten, dem König von Portugal Galicia zu verkaufen und das dadurch erhaltene Geld zu benutzen, um das kastilische Heer in Katalonien zu bestechen. All diese Unglücke führten zum Sturz des Conde Duque und zu einer Rückkehr zur früheren Politik des Respekts gegenüber den herkömmlichen Privilegien. Katalonien erhielt sie bestätigt, nachdem Barcelona 1653, nach dem Sturz des Conde Duque, zurückerobert worden war. – Erst der spanische Erbfolgekrieg, in dem Barcelona für Grossbritannien und Österreich Partei nahm 1705, den Krieg jedoch gegen Frankreich und den Bourbonen von Madrid, Felipe V., verlieren sollte und 1714 erneut von einem kastilischen Heere erobert wurde, führte zur endgültigen Abschaffung der eigenen Regierung Kataloniens und zur Gleichschaltung mit Kastilien.

Katalonien unter Madrid

Der Tag des Einmarsches der kastilischen Truppen, der 11. September, ist seltsamerweise zum Nationaltag der Katalanen geworden, den sie letztes Jahr zum erstenmal wieder zu begehen vermochten. In Barcelona war dies zwar verboten, doch in einer Vorstadt wurde eine riesige Menschenversammlung mit katalanischen Fahnen, Reden der katalanischen Parteiführer und Forderungen nach der Rückkehr der eigenen katalanischen Teilregierung, der Generalität, geduldet.

Während Katalonien so dem direkten kastilischen Regiment unterstellt wurde, behielten die baskischen Provinzen, die auf der Seite des Bourbonen gekämpft hatten, ihre alten Privilegien bei. Sie wurden daher die Provincias Exentas genannt. Katalonien begann nach dem Verlust seiner Son-

derrechte die eigentliche Wirtschafts- und Industriekapitale Spaniens zu werden. Wirtschaftlich wirkte sich das Ende des Sonderregimes dahin aus, dass Barcelona die innerspanischen Märkte geöffnet wurden und am Ende im Zuge der Rationalisierung sogar das Jahrhunderte alte andalusische Monopol des Handels mit Südamerika abgeschafft wurde (1778), was bedeutete, dass die Katalanen Zugang zum Kolonialreich Kastiliens erhielten. Wirtschaftlich haben die Katalanen damals Spanien erobert. Doch von der Politik wurden sie in Madrid und im eigenen Land fern gehalten. Dazu kam die Erschütterung der napoleonischen Kriege und die ihr folgende Wiedergeburt des Katalanischen als Schrift- und Literatursprache. Barcelona wird zu einer Stadt mit ihrem kulturellen Eigenleben und einer tiefen Abneigung gegen den Staat, der als «Minotaurus» gesehen wird, unfähig, fremd, unaufgeklärt und gefräßig. Dem negativen Bild des spanischen Staates bei den Katalanen steht das negative Bild des katalanischen Individuums bei den übrigen Spaniern gegenüber. Für sie ist der Katalane der fremde Geschäftsmann (sein Akzent markiert ihn sofort als Katalanen) vom kleinen Geschäftsreisenden, der seine Warenmuster mitbringt, bis zum grossen Unternehmer, der neue Produktionsverfahren einpflanzt, stets als der Mann verdächtig, der nach dem übrigen Spanien kommt, um sich mit seinen oft nur allzu wirksamen Methoden das Geld zu verdienen, das er so schnell wie möglich in sein Land, Katalonien, mitnimmt, dort anlegt und dort ausgibt. Fleissig und strebsam gewiss, aber gerade aus diesem Grund wenig angenehm und wenig willkommen.

Gestützt auf die wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und technologische Position Barcelonas, die zu Beginn des Jahrhunderts in Spanien beispiellos dasteht, beginnen die Katalanen in diesem Jahrhundert ihren langsamen, zähen Vormarsch auf eigene Teilregierungsorgane hin. Sie erleiden Rückschläge, zum Beispiel unter der Diktatur des andalusischen Generals Primo de Rivera (1923–1930); doch im grossen gesehen ist ihr Vormarsch kaum aufzuhalten: nach der Niederlage der karlistischen Bewegung von 1876, die in heftigen Kämpfen für eine katholische Monarchie und lokale traditionelle Rechte gestritten hatte, erhielten die katalanischen Autonomisten bedeutenden Zuwachs. Die lokale Kirche trat in ihre Reihen so gut wie überall auf dem Land, die Bürgerschaft schloss sich an, und eine Linksströmung der föderalistisch und demokratisch gesonnenen Intellektuellen floss ebenfalls ein. «Mancomunidad» (1913), eine beschränkte Form der Teilautonomie, die 1923 wieder zurückgenommen wurde, und «Estatut» (1931, 1932) waren die Formen, die der Wunsch nach Selbstregierung der Katalanen annahm. Doch sie zu erlangen, bedeutete einen ebenso blutigen wie verworrenen und verlustreichen Kampf. Die Zentralbehörden und ihre Vertreter in Barcelona, Zivilgouverneur und Militär-

gouverneur, suchten die sozialen Gegensätze in der sich entwickelnden und harten Industriestadt auszunützen, um der katalanischen Bewegung Hindernisse in die Wege zu legen. Sie ermutigten und bewaffneten die «Pistoleros» und förderten unter der Hand Angriffe auf die Kirchen und Klöster. Der Zweck dabei pflegte zu sein, genügend Unruhe zu schaffen, um die Auferlegung eines Militärregimes zu rechtfertigen. Dies war der Hintergrund der «semana trágica» (1909) und in ähnlicher Weise auch des Generalstreiks von 1919 (nur dass damals die «Pistoleros» vom militärischen Machthaber, General Milans del Bosch, organisiert waren statt vom Polizeichef). Die «Pistoleros» setzten ihre Blutarbeit auch später noch fort; zwischen 1919 und 1923 fanden 700 politische Morde in Barcelona statt. Für die Katalanen musste unter diesen Umständen das Statut von 1932, das ihnen endlich erlaubte, ihre eigene Regierung für ihre internen Belange aufzuziehen, als der hart errungene Lohn für Jahrzehnte von Kämpfen und Unruhen erscheinen, als ein mühsam wieder erlangtes Recht. – Um so schmerzlicher mussten sie daher empfinden, dass ihnen dieses Recht durch die nationale Besetzung am Ende des Bürgerkrieges entrissen wurde.

Die Bitterkeit darüber kann sich erst heute, fast 40 Jahre später frei ausdrücken, und sie kommt auch zum Ausdruck. Die Katalanen, so lautet die Formulierung der Schriftstellerin Aurelia Campany, die sie kürzlich öffentlich in Madrid vorzutragen wagte, seien ein Volk gewesen, das Franco «zum Tode verurteilt» habe. Doch sie hätten überlebt, ihren Schergen zum Trotz. Der Lebenswille der katalanischen Sprache, Kultur, des katalanischen Volkes, sei heute um so entschiedener. Die Studenten der Universität von Madrid, denen revolutionäre Ideen keineswegs fremd sind, sperrten Mund und Augen auf, als ihnen die feurige Dichterin aus Barcelona bei einer Vorstellung des «Kongresses der katalanischen Kultur» die heutige Lage und die Forderungen der Katalanen darlegte. Eine ganze Dimension politischer Spannungen ihres eigenen Landes wurde ihnen vorgestellt und vorgelebt, von der sie bisher nichts gewusst hatten.

«Unsere Rechte wollen wir zurückhaben», dies ist die Forderung, die man in Barcelona am meisten hört. In Madrid denkt kaum jemand daran, was vor dem Bürgerkrieg war. Das ist Geschichte. Man ist damit beschäftigt über die Zukunft zu sprechen, die neue, kommende Demokratie einzurichten. Doch in Barcelona gibt es eine Vergangenheit, an die man anknüpfen möchte. Die 37 Jahre des Franco-Regimes werden als eine Parenthese aufgefasst, die nicht viel mehr als Bitterkeit zurückliesse. Barcelona hat sie, zäh, überdauert. Man hat sie hinter sich gebracht. Man sucht anzuknüpfen, wo sie begann und das «eigene, katalanische Leben» unterbrach. «Ein anderes Land» hat die Zeitschrift «Opinión», die in Madrid erscheint, eine Serie von Reportagen betitelt, in denen versucht wird, das heutige Kata-

lonien zu fassen. So etwas hätte noch vor wenigen Monaten nicht erscheinen können.

Worin unterscheidet sich Katalonien von Spanien? – Mit Renan kann man wohl sagen, durch den Willen anders zu sein und als besondere Gruppe zusammenzuleben. Dieser Wille ist übrigens auch in Portugal auf Schritt und Tritt spürbar. Man empfindet sich «Spanien» gegenüber als anders und ist beständig darauf bedacht, die Unterschiede zu kultivieren; man will auch anders sein. Die Sprache ist der Fokuspunkt der differenzierenden Loyalitäten. Auch hier gibt es Parallelen; sowohl Portugiesisch wie auch Katalanisch kann ein Spanier ziemlich mühelos lesen lernen; sie zu verstehen, ist bedeutend schwieriger, weil die Aussprache in beiden Fällen nicht die messerscharfe Klarheit des Spanischen aufweist, sondern Übergangstöne, helle und dunkle Vokale, stumme Endungen, zusammengezogene Wortkörper mitumfasst. Es handelt sich um eine irdischere Sprache, in beiden Randgebieten der Halbinsel, mehr im Boden verankert, nuancenreich, ironisch und selbstironisch, weit bäuerlicher aber auch weit menschlicher; wenn man will, dem Cello eines Casals verwandt und nicht der Gitarre eines Falla. Um diese Werte herum sucht das Land sich zu artikulieren. Die Bauern Kataloniens gelten als eine seiner Hauptfiguren, und der bedeutende Schriftsteller Josep Pla, einer der Grossen der katalanischen Prosa, hat zeit seines Lebens selbst den Bauernstil kultiviert. Dazu gehören die Bauerntugenden: Fleiss, Realismus, Zähigkeit, List, Selbstironie ... alles undenkbar auf dem kastilischen Hochplateau oder in seiner andalusischen «Kolonie». Neben den Bauern- die Bürgertugenden: Loyalität gegenüber einer Stadt, es braucht nicht unbedingt das grosse Barcelona zu sein, der man auch Opfer zu bringen gewillt ist und die man schmücken, aufbauen, wohl einrichten möchte. Doch die Städte sind zugleich oft Häfen und Handelszentren; dies bringt eine weltmännische Note hinein, jene der Seefahrten und der Handelsverbindungen. Man spricht und liest Fremdsprachen: «Viel mehr Französisch als Kastilisch», behaupten heute manche Intellektuelle, vielleicht etwas tendenziös aber bezeichnend für das, was man möchte. Die Katalanen beugen sich mit Liebe über ihre eigene Vergangenheit und Kultur. Dabei werden die Züge unterstrichen, die ihr Land von Kastilien unterscheiden: die grosse mittelalterliche Geschichte, die dem Mittelmeer zugewandt ist und Südfrankreich; die vorausgehende Epoche der fränkischen Mark gegen die Muslime von Saragossa und Valencia; die klassische Literatur des Mittelalters, die mit Ramon Lull einen Anfang nimmt, der sich nur mit dem Beginn des Italienischen durch Dante vergleichen lässt: beide Sprachen treten vollendet in das Licht der Schriftsprachlichkeit.

Die Basken, von den «Fueros» zum Nationalismus

Die Lage der Basken ist völlig verschieden. Historisch betrachtet hat es viel weniger Reibungen zwischen den Basken und Madrid gegeben als zwischen Madrid und Katalonien. Die baskischen Dörfer und Talschaften waren zu klein, um Madrid in ähnlicher Art herausfordern zu können, wie es das Barcelona, politisch und später wirtschaftlich, immer wieder getan hat. Die Basken haben aus diesem Grunde ihre Privilegien auch besser bewahrt. Sie haben sie selten in Kriegen aufs Spiel gesetzt und daher auch selten verloren. Die Karlistenkriege kann man als eine teilweise baskische Herausforderung gegen die Zentralgewalt verstehen. Doch sie wurden unter dynastischem Vorzeichen ausgefochten. Die Karlisten waren und sind noch heute die Parteigänger ihres «Königs» Don Carlos Isidoro (1788–1855), des Bruders Ferdinands VII., und seiner Nachkommen.

Die Karlistenheere besaßen stets Schwerpunkte im Baskenlande, und Navarra ist bis zum heutigen Tag das eigentliche Herzland des Karlismus geblieben. Doch Navarra spricht heute nur in seinen Nordteilen baskisch, und die Karlisten haben nie für spezifisch baskische Autonomie gekämpft, sondern für eine Art Wiederherstellung des Mittelalters mit seinen herkömmlichen Privilegien und regionalen Freiheitsrechten, den «Fueros» der einzelnen Städte und Ortschaften, sowie gleichzeitig für eine ausgesprochen katholische Sicht des Staates und seiner gottgewollten Herrschafts- und Traditionsgefüge. Im Negativen jedoch richteten sich ihre drei Kriege gegen die Zentralgewalt und die rationalisierenden, zentralisierenden und damals «modernen» französischen Tendenzen der Regierungen in der Hauptstadt. Nach dem dritten Karlistenkrieg (1873–1876) haben die Regierungen von Madrid versucht, die früheren «Fueros» der Basken durch finanzielle Verträge, sogenannte «conciertos económicos» zu ersetzen. Dies in der richtigen Erkenntnis, dass die Wegnahme der mittelalterlichen Privilegien durch die Zentralregierung viel dazu beigetragen hatte, den Karlismus zu stärken. Diese «Fueros» waren Lokalrechte, wie sie im Mittelalter viele spanische Städte besaßen, doch im Falle der Basken hatten sich ganze Provinzen zu weitgehend sich selbst verwaltenden Bündeln zusammengeschlossen. «Juntas» regierten die einzelnen Flecken, Städte, Talschaften unter den lokalen Fueros, und «Juntas Generales» stellten die Verbünde solcher Juntas auf der Ebene der Provinzen, Vizcaya oder Guipúzcoa, dar. Die Juntas Generales nahmen im Spätmittelalter das Recht für sich in Anspruch, alle Gesetze der Zentralregierung zu beurteilen und sie nur anzunehmen, wenn sie den alten Privilegien der Basken nicht widersprachen. Die Könige pflegten vor den Juntas Generales zu schwören, dass sie die Privilegien hochhalten wollten, und sie erhielten als Gegenleistung dafür den Treueid der Basken und

in vielen Fällen Bewilligungen, bestimmte Steuern einzuziehen oder Kriegsdienste zu verlangen. Kriegsdienste haben die Basken meist auf Flotten geleistet, die in ihren Häfen gebaut und ausgerüstet wurden.

Es ist klar, dass derartige Machtbeschränkungen den Zentralregierungen absolutistischen Zuschnitts von Madrid wenig willkommen waren. Die «concertos económicos» stellten ursprünglich einen Kompromissversuch dar; die Zentralbehörden sahen ihn als einen ersten Schritt zum Übergang zum Normalstatus der anderen spanischen Provinzen. Sie bestanden daraus, dass die Provinzen Navarra, Guipúzcoa, Vizcaya, Alava Verträge mit der Zentralverwaltung abschlossen, in denen festgelegt wurde, wieviele Steuern sie nach Madrid abzuführen hätten, was sie selbst und was Madrid für die Provinzen tun werde. Die Provinzbehörden zogen die Steuern selbst ein und verwendeten einen Teil für ihre eigenen Budgets. Die Konzerte waren stets auf bestimmte Fristen hin abgeschlossen und mussten erneuert werden. Wenn die Zentralregierung geglaubt hatte, dass sie allmählich an Bedeutung verlieren würden und mehr und mehr Rechte und Pflichten von Madrid übernommen werden könnten, täuschte sie sich. Die lokale Bedeutung der Lokalregierungen nahm immer zu, und die Provinzen hingen an ihren eigenen, meist wirksameren, Verwaltungen. Alava und Navarra besitzen heute noch ihre Finanzkonzerte und ihre finanziellen Eigenbehörden. Den Provinzen Vizcaya und Guipúzcoa jedoch wurden diese Sonderrechte entzogen, weil sie im Bürgerkrieg auf der Seite der Republik gekämpft hatten. Das Dekret Francos, in dem dies geschah, hatte sogar eine berühmte Präambel, die 1968 abgeschafft wurde – das Gesetz jedoch blieb bis 1976 bestehen –, in der die beiden Provinzen «als verräterische Provinzen» bezeichnet worden waren.

Die Basken haben zwar ihre eigene Sprache, zweifellos die älteste Spaniens, viel älter als alles Latein der Halbinsel, agglutinierend, Aussenstehenden unverständlich; die Gelehrten sind sich noch immer nicht einig, welcher Sprachenfamilie sie zuzuweisen sei. Doch diese Sprache ist Jahrhunderte hindurch mehr eine Sprache der Dörfer, der Hirten und Bauern gewesen als der Städte. Die gebildeten Basken pflegten kastilisch zu schreiben. Die alte baskische Literatur besteht in erster Linie aus religiösen Büchern, die von den Dorfgeistlichen für ihre Gemeinden verfasst wurden. Wie es in dem zerklüfteten Bergland nicht anders zu erwarten ist, gibt es eine Unzahl von baskischen Dialekten.

Der Wunsch aus dem Baskischen eine Schriftsprache zu machen ist relativ neu. Die Basken scheuen sich heute nicht mehr, einzugestehen, dass das Erscheinen der ETA, im Jahr 1953, die Zündkapsel gewesen sei, die zum Ausbruch der baskischen «Kulturrevolution» geführt habe. Von jener Epoche an wollte die baskische Jugend baskisch lesen. Man begann marxi-

stische Autoren zu übersetzen und Werke der Avantgarde-Literatur. Die Bewegung der Ikastolas begann, privat getragene Primarschulen, manchmal schon Kindergärten, in denen baskisch gelehrt wird. Der Dichter Gabriel Aresti (Hauptwerk: Harri Eta Harri = Stein und Volk), er ist letztes Jahr verstorben, eröffnete seinen eigenen Verlag. Er war auch im linguistischen Feld tätig und hat wesentlich zur Vereinigung der Sprache beigetragen, die – so berichten baskische Gewährsleute – heute eine Tatsache sei. Gordailu, der Verlag der Lehrervereinigung der Ikastolas, hat begonnen, baskische Schulbücher zu veröffentlichen. Dieses Jahr gibt es über 32000 baskische Kinder in den Ikastolas.

Die Basken können auf eine alte Vergangenheit als Seefahrer, Schiffsbauer, Metallarbeiter zurückblicken. In ihren Bergtälern haben sie die Tradition der mittelalterlichen Eisenwerke in eine bedeutende industrielle Kapazität umgewandelt. Neben einigen Grossunternehmen in Bilbao und seiner unmittelbaren Umgebung beruht sie in erster Linie auf kleinen und mittleren Betrieben, die man über das ganze Land hinweg verstreut findet. Die Basken waren auch grosse Reisende, die das Abenteuer über See anzog, und ihre Verbindungen mit der industrialisierten Welt zuerst in England, später in Nord- und Mittelamerika haben viel dazu beigetragen, die baskischen Familienbetriebe in leistungsfähige Industriebetriebe und -ateliers umzuwandeln. Man brachte Geschäftsbeziehungen, Patente, ausländische Assoziierte von den Reisen nach Hause.

Kürzlich hat dem Verfasser einer dieser kleinen Industriellen seinen Lebenslauf erzählt. Er begann mit Erinnerungen an die väterliche Revolverfabrik, die sein Vater mit seinem Onkel zusammen betrieb. Beide, so berichtete er, verstanden kaum spanisch. Er selbst als Schuljunge, der auf eine spanische Schule ging, sei stets aufgefordert worden, die heimische Produktion an die Verkäufer auszuhändigen, die sie regelmässig aufkaufen kamen und die nur spanisch verstanden. Sein Vater und Onkel hätten sich ihres schlechten Spanisch geschämt und seien jeweils verschwunden, wenn der Wiederverkäufer sich einstellte. Dieser habe die Ware meist nach Frankreich gebracht. Dabei sei er, besonders im Ersten Weltkrieg, schwer reich geworden und habe die Hersteller, die wenig von der Aussenwelt wussten, kräftig übers Ohr gehauen. Später, so der Erzähler, sei er in Mittelamerika gereist, in den Geschäften seiner väterlichen Werkstatt. Für den Militärdienst im Rahmen der baskischen Republik sei er aus den Kariben heimgekehrt, um die Belagerung und Eroberung von Bilbao zu erleben. Dann sei es ihm mit Kameraden gelungen, der Umzingelung durch die Nationalen zu entgehen und in Santander ein Schiff nach Frankreich zu besteigen. Dem folgten lange Exiljahre zwischen den karibischen Inseln und Miami. Dort habe er und seine Brüder Verbindungen zu einer amerika-

nischen Firma aufgenommen, die Reissverschlüsse herstellte, und er sei mit Lizenzen der Firma ausgerüstet in seine Heimat zurückgekehrt. Der Anfang sei schwer gewesen, in erster Linie weil keine Rohmaterialien zu erlangen waren und die Devisen fehlten, um sie zu kaufen. Eine Zeitlang sei er nur vorangekommen, weil er einem Waffenhersteller und Verkäufer von der Art seines Vaters die Dollars abgekauft habe, zu überhöhten Preisen natürlich, die dieser mit seinen Waffenverkäufen in Südamerika verdiente. Später, nach der Normalisierung der Peseta (1959/60), die die Möglichkeit bot, frei zu exportieren und zu importieren, habe sich das Geschäft gut entwickelt. Es bestehe heute aus einer ganzen Kette von Ateliers und Betrieben, die einander in die Hände schafften. In Spanien dominierten sie den Markt für Reissverschlüsse. Der amerikanische Geschäftsfreund sei inzwischen als Partner eingetreten. Man sei auch schon daran, über Frankreich in den europäischen Markt vorzudringen, indem man Halbfertigprodukte dorthin importiere und sie in eigenen Betrieben bei Orleans fertig herstelle. Der betreffende Baske lebt in Madrid, um bei der Regierung für die Belange des Familienkonzerns zu sorgen. Seine zwei Brüder leiten die Geschäfte im Baskenland. Beständiges Reisen gehört mit zu den Geschäftsgrundlagen.

Solch ein Betrieb ist in vieler Hinsicht bezeichnend. Aufgebaut wird er von einer lokalen Basis aus gegen alle Schwierigkeiten, die Madrid ihm in den Weg stellt. Er basiert auf internationalen Beziehungen, wobei der Baske den zähen Willen mitbringt, sich in seiner Ecke der Welt durchzusetzen. Wenn das Geschäft gewisse Dimensionen erreicht hat, wird es unumgänglich, dass einer seiner Leiter in Madrid Wohnsitz nimmt, um den stets notwendigen Kontakt mit den Regierungsstellen aufrechtzuerhalten. Die Technologie wird aus dem Ausland bezogen. Doch die Art der Produktion organisiert man selbst, indem man unter Basken in Gruppen zusammenarbeitet. – Mit solchen Methoden ist es den Basken gelungen, in den letzten zehn Jahren stets einen der obersten Plätze auf der Liste des Pro-Kopf-Einkommens der spanischen Provinzen einzunehmen, gewöhnlich gleich nach den Grossstadtprovinzen Barcelona und Madrid. Eine baskische Spezialität ist auch die Grossbank. Die Verbindung von Wagemut und Energie mit Zähigkeit und internationalen Verbindungen, die den Basken eignet, hat sie gefördert. Doch im Gegensatz zu Barcelona kennt das Baskenland keine eigentliche Bourgeoisie. Es gibt die Grossunternehmer im Stahl, im Schiffsbau, im Frachtwesen, in der Bank, doch sie haben sich früh nach Madrid begeben, um in Tuchfühlung mit der Regierung zu arbeiten. Ihre Unternehmen nahmen spanisch-nationale Dimensionen an. Daneben bestehen die heute industrialisierten Handwerksbetriebe, die eben erst anfangen, einigen ihrer Leiter eine bürgerliche Existenz zu

sichern. Eine alte Stadttradition mit ihren Wirtschaftsaristokraten fehlt. Die wenigen alten und reichen Baskenfamilien, die auf der Seite der Nationalen kämpften, so kann man heute von den Basken hören, haben sich später selbst ruiniert, weil ihnen das Leben zu leicht gemacht wurde. Sie lebten von der Gunst des Staates, indem sie von ihm alle Arten von schwer zu erlangenden Lizenzen erhielten und diese nur weiterverkaufen mussten, um reich zu werden. Bis 1959 die Mangelwirtschaft zu Ende ging und sie ihre Positionen verloren.

In diese Welt eigener Art hat ETA wie ein Blitz eingeschlagen. Gegründet schon 1953 durch eine Abspaltung von jungen Basken vom Stamm der bisherigen Baskischen Nationalen Partei (PNV), die zur direkten Aktion übergehen wollten, ist die ETA jedoch erst gegen 1959 wirklich aktiv geworden. Ihre ersten grösseren Aktionen hat sie nach 1961 begonnen. Lange Zeit ging es ihr mehr um symbolische Akte, die verbotene baskische Fahne aufzuziehen, die Ikurriña, Denkmäler für die Nationalen im Bürgerkrieg zu sprengen, den Tag der Basken jedes Jahr durch Demonstrationen und Mauerinschriften zu feiern; solche waren ihre ersten Anliegen. Doch das Vorbild der algerischen Rebellion spornte sie zu grösserer Gewaltanwendung an. Es kam am Ende zu einem Kleinkrieg zwischen den ETA-Leuten und den in immer grösserer Zahl ins Land gesandten Polizeikräften. Diese gingen recht brutal vor. Wenn ein Anschlag vorfiel, pflegten sie alle Personen der Umgebung festzunehmen, von denen bekannt war, dass sie mit dem baskischen Nationalismus sympathisierten, gleich ob sie zur PNV, zu ETA oder zu anderen Oppositionsgruppen gehörten. Die Festgenommenen wurden mit brutalen Methoden verhört, die von Schlägen bis zur Folter gehen konnten, bis sie weitere Namen auslieferten.

Mit ihren Methoden machte die Polizei sich verhasst. Sie trug, durchaus den Plänen der ETA entsprechend, selbst dazu bei, dass die Gegensätze zwischen dem spanischen Staat und der Bevölkerung anwuchsen. ETA selbst hat freilich auch schwere Blutopfer erbringen müssen. Periodisch verhängte Franco den Ausnahmezustand über eine oder alle baskischen Provinzen. Dies bedeutete den Auftakt zu einer regelrechten Polizeiverfolgung für alle pro-baskischen Kreise. Die Polizei konnte jedermann ohne richterliche Ermächtigung solange festhalten und «verhören» wie sie es wollte. ETA-Leute und Polizisten sind in diesen Kämpfen gefallen. Schwere Gefängnisstrafen und Todesurteile sind von den Militärgerichten ausgesprochen worden. Manche wurden vollstreckt.

Mit der ETA zu einem Übereinkommen zu gelangen, wird für die Regierung auch durch die Tatsache erschwert, dass die ETA nicht etwa eine Teilautonomie für die Basken anstrebt, sondern die «volle Unabhängigkeit», übrigens des französischen und des spanischen Baskenlandes.

Man sieht, die Unabhängigkeitsbestrebungen des Baskenlandes und jene der Katalanen sehen recht verschieden aus. Die katalanische ist eine politische Operation, unblutig, auf die Traditionen der Katalanen zählend, auf ihre Wirtschaftskraft, auf die Stimmen von sieben Millionen Bewohnern der katalanischen Provinzen. Die Basken befinden sich in einer viel prekäreren Lage. Sie sind weniger (etwa 2,5 Millionen), ihre Eigenkultur ist weniger tief eingepflanzt, oder scheint es zu sein. Die baskische Sprache selbst befindet sich heute in einer Phase, die man mit der Wiedergeburt des Katalanischen von der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vergleichen kann. Wird diese Wiedergeburt sich wirklich durchsetzen? Gerade weil sie prekär ist, hat die baskische Nationalbewegung die Notwendigkeit empfunden, zur Gewalt zu greifen, um mit diesem letzten Mittel eine Solidarität der Basken zu erzwingen. Die Lawine von Terror und Gegenterror ist von den Leuten der ETA bewusst angestrebt worden. Wo heute der Ausweg liegt, ist schwer zu erkennen. Möglicherweise in einer Rekonversion der baskischen Bewegung von der Führung durch die – vielfach gespaltenen – radikalisierten Kleingruppen der ETA zurück zur gemässigten aber grösseren PNV, die als ein künftiges Gefäss für einen realistischeren baskischen Nationalismus mit Selbstverwaltungszielen dienen könnte. Die PNV ist heute, nach Jahrzehnten der beinahe absoluten Stillegung durch die Polizei Francos, wieder aktiv geworden; die Regierung soll sie zu ermuntern suchen.

Erste Bewegung unter den Gallegos

Wenn die baskischen nationalitären Forderungen sich heute in einem akuten Kampfstadium befinden, während die katalanischen darüber hinaus zu sein scheinen und sich mit grösserer Ruhe auf das Gewicht ihres Landes verlassen können, das ihnen eine Rückkehr zur Selbstverwaltung zu versprechen scheint, so kann man die Gallegos als ein hispanisches Volk auffassen, das sich noch im Vorstadium solcher Forderungen bewegt. Kulturell ist eine Gallego-Bewegung soeben am Erwachen. Politisch regt sie sich noch recht zaghaft. Mehr noch als im Baskenlande sind in Galicia die Städte kastilisches Sprachgebiet. Das Gallego existiert auf dem Lande unter den Bauern, und die Bauern von Galicia leben, als einzige Spaniens, in Einzelhöfen, nicht in Dörfern, weit voneinander getrennt. In einigen Städten freilich hat eine kulturelle Selbstbesinnung auf das Gallego begonnen, so in der Universitätsstadt Santiago, in Vigo, in Lugo, wo es sich um die neuen Verlagshäuser dreht, die Bücher in Gallego veröffentlichen.

Galicia gehört zu den ausgesprochen armen Landesteilen Spaniens. Ein

Teil der nationalitären Forderungen geht auf das Gefühl zurück, vernachlässigt worden zu sein, zum Wohle der anderen Landesteile in die Auswanderung gezwungen; das dort verdiente Geld, so die Gallegos, komme über die Banken von Madrid den bereits industrialisierten Teilen Spaniens zugute. Die Kirche predigt und liest Messen in der Landessprache. Viel der beginnenden Sammlungsbewegung gruppiert sich um sie herum. Sie hat auch im katalanischen Raum und im Baskenlande früher eine ähnliche Rolle erfüllt, die des offenen Raumes, durch die Konkordatsverträge vor dem Zugriff des Staates einigermassen geschützt (doch waren es vorwiegend baskische Priester, die das besondere Priestergefängnis Francos in Zamora bewohnten), in dem die bedrohten Sprachen und Volkskulturen Zuflucht und Stützung fanden.

Die Sicht aus dem Zentrum

Von Madrid aus gesehen bestehen zwei verschiedene Grundprobleme, welche die Regierung im Auge behalten muss, wenn sie sich darüber entscheidet, wieweit sie dem Drängen nach Selbstregierung durch die Regionen (sie selbst nennen sich Völker) der spanischen Peripherie stattgeben soll: kurzfristig die Frage der Gegenkräfte, die ein jedes allzu weit gehende Nachgeben wachrufen könnte; langfristig das Problem der anderen Regionen, die sich ermutigt fühlen könnten, ihrerseits eine gewisse Autonomie von Madrid zu fordern und der Folgen, die dies für die ganze Struktur des Staates haben könnte.

Die zentralistischen Gegenkräfte, die aufgebracht werden könnten, wenn die Regierung in der katalanischen Frage allzu leicht nachgäbe, sind unter den Anhängern des Franco-Regimes zu suchen. Einer der Hauptpunkte der Propaganda des Bürgerkrieges auf der nationalen Seite bestand daraus, dass der Republik vorgeworfen wurde, sie habe sich «gegen die Einheit Spaniens vergangen», als sie Katalonien ihr Statut zubilligte und den Basken ihre Autonomie gewährte. Die «Einheit Spaniens» und die «Unversehrtheit des spanischen Territoriums» sind Begriffe, die bei den Streitkräften eine grosse Rolle spielen. Die spanischen Offiziere schwören, dass sie sie bewahren wollten. Auch die Regierung und der König selbst haben derartige Eide abgelegt. Franco hatte das Statut für Katalonien durchaus gleichgesetzt mit einem Bruch «der Einheit Spaniens». Dass eine föderale oder teilweise föderale Struktur nicht einen Bruch bedeuten muss, ja dass sie im Gegenteil durch ihre grössere Flexibilität dazu beitragen kann, die Gefahren von Brüchen zu vermeiden, ist ein Grundgedanke, den man zur Zeit Francos nur mit der grössten Vorsicht öffentlich äussern durfte, wenn man vermei-

den wollte, mit dem Pressegesetz in Konflikt zu geraten. Die Armee und die spanischen Nationalisten an solche Gedanken zu gewöhnen, braucht wahrscheinlich einige Zeit. Die Zentralregierung, sogar wenn sie selbst, wie dies als wahrscheinlich gelten darf, von der Notwendigkeit überzeugt ist, mit den Katalanen und Basken zu einem Ausgleich zu kommen, muss vorsichtig handeln, um jene Kräfte nicht zu brüskieren, auf denen letzten Endes ihre eigene Macht beruht. Sie ist im Begriff, ihrerseits auf jene Kräfte einzuwirken, besonders soweit es dabei um die Streit- und Ordnungskräfte geht, indem sie versucht, durch Umgestaltung und Erneuerung der Armeeführung und der Spitzenbeamten im Innenministerium, das Aufkeimen einer neuen Mentalität zu fördern.

Was die Gefahr angeht, dass ein Statut für die Katalanen und für die Basken möglicherweise einen Wettlauf der anderen Regionen auslösen könnte, so liegt sie auf der Hand. Es gibt Autonomiebestrebungen auch im «País Valenciá», wo ebenfalls Katalanisch gesprochen wird; auf den Balearen, die gleichfalls zum katalanischen Sprachraum gehören; auf den Kanarischen Inseln, deren Bevölkerung sich sehr über wirtschaftliche Vernachlässigung durch die Zentralbehörden beklagt; in Andalusien, wo die regionalen Kräfte sich ebenfalls in erster Linie auf die Klagen der Bevölkerung stützen, dass ihr Land sich nicht im gleichen Masse habe entwickeln können wie andere spanische Regionen. Die Schuld daran wird fast immer in erster Linie Madrid zugesprochen. Ausserdem gibt es eine Reihe politischer Parteien, die eine «föderale Lösung» für Spanien auf ihre Fahnen geschrieben haben, unter ihnen so gewichtige wie die christlich demokratische Federación Democrática Cristiana unter Gil Robles und die links von ihr stehende Demokratische Linke Ruiz Jiménez'. Spanien besitzt eine föderalistische Tradition auf dem Gebiet der Ideen und Programme; wichtige Denker und Politiker der Zeit vor dem Bürgerkrieg haben für die Idee geworben, allen voran der Katalane Pi y Margall. Des Gedanken liegt in einem Lande nahe, in dem die «patria chica», die lokale Heimat stets eine gewaltige Rolle gespielt hat. Ein Spanier ist nie bloss ein Spanier, sondern so gut wie immer ein Spanier von einem bestimmten Ort, mit dem er sich identifiziert. – Doch man sieht auch die Gefahren, die eine Welle von politisch orientiertem Lokalpatriotismus mit sich bringen könnte. Die «föderale Lösung» bedeutet nicht weniger als die Auflösung aller heute bestehenden staatlichen Strukturen, den radikalen Umbau des Landes! Eine solche Umformung wäre jedenfalls keine Aufgabe, die gleichzeitig mit dem Versuch einer Rückkehr zu einem demokratischen Regime angepackt werden sollte. Zu viel würde auf einmal ins Wanken geraten.

Die Regierung muss gegenüber den Basken und Katalanen auch scharf auf die wirtschaftlichen Aspekte einer möglichen Selbstregierung achten

Es handelt sich ausgerechnet um die reichsten Gebiete Spaniens. Die Frage der Steuern spielt in allen Argumenten der Befürworter der Autonomie eine grosse Rolle. Sie wünschen, dass die Gelder, die ihr Gebiet aufbringt, auch in ihrem Gebiet ausgegeben werden. Nicht nur die Steuern, so sagen sie, sondern auch die Bankeinlagen, die heute durch die Bank von Madrid aus ihrem Lande hinausgezogen würden. Der Zentralregierung liegt es dagegen ob, die Interessen der weniger entwickelten Regionen zu verteidigen. Die Gegensätze sind gross. Das Pro-Kopf-Einkommen in Provinzen wie den Baskischen, Barcelona und Madrid ist mehr als doppelt so hoch wie jenes der ärmsten Provinzen Spaniens, die in den westlichen Teilen Andalusiens liegen und in der Extremadura gegen die portugiesische Grenze hin. Auf dem finanziellen Gebiet müsste eine Verhandlung zwischen den Autonomieprovinzen und Madrid stattfinden, die nicht leicht zu werden verspricht.

Trotz diesen doppelten Motiven, die für die Zentralregierung bestehen und sie zu einem umsichtigen Vorgehen veranlassen müssen, ist jedoch schon heute erkennbar, dass es schwerlich ein demokratisches Spanien geben wird, in dem nicht die Wünsche der Katalanen und Basken weitgehend erfüllt werden. Ihr Gewicht im spanischen Staate, volksmässig und wirtschaftlich, ist zu gross, als dass man sie gegen ihren Willen im bisherigen Verband des spanischen Staates festhalten könnte. Wollte man es tun, müsste man zu einer neuen Gewaltherrschaft schreiten.

Aus diesem Grunde hat die Regierung in beiden Regionen Vorschläge gemacht, die sich heute noch im Stadium der möglichen und diskutierten Ideen befinden, die jedoch in den grossen Zügen das Denken der Regierung umschreiben dürften. Für Katalonien hat Ministerpräsident Suarez vorgeschlagen, dass es die künftigen gewählten Deputierten und Senatoren Kataloniens sein sollten, die ein neues Statut Kataloniens ausarbeiten und es durch das künftige Parlament von Madrid zu bringen hätten. Für das Baskenland spricht man von der Möglichkeit, dass die künftigen Lokalbehörden, die in Lokalwahlen nach den Parlamentswahlen bestellt werden müssen, die traditionellen Juntas und Juntas Generales bilden könnten und dass ihnen dann eine gewisse Anzahl von Selbstverwaltungskompetenzen zuerkannt würde sowie die Möglichkeit, mit der Zentralgewalt Wirtschaftskonzerte auszuhandeln.

Die Vorschläge der Regierung werden von den Autonomiegruppen und Parteien beider Gebiete zurückgewiesen. Im Falle der Katalanen versuchen die katalanischen Parteien noch vor den allgemeinen Wahlen, die auf den kommenden Sommer geplant sind, ein Zugeständnis und Unterpfand der Regierung zu erlangen des Inhaltes, dass die katalanische Autonomie gewährleistet sei. In ihrer Logik geht es darum, die Rechte der Katalanen

wiederherzustellen, bevor man von ihnen verlangt, dass sie ihrerseits in gesamtspanischen Abstimmungen mitwirken und damit dem spanischen Staat eine gewisse Legitimität zuerkennen. Das klarste Symbol in katalanischen Augen des katalanischen Unabhängigkeitsrechtes ist die Generalität. So heisst die katalanische Regierung aus der Zeit der Republik. Die Generalität hat einen Präsidenten im Ausland, Josep Tarradellas, der sich selbst ebenfalls als das Symbol der katalanischen Staatlichkeit versteht. Daher die Forderung, Tarradellas müsse zurückkehren, und zwar als provisorisches Oberhaupt einer Generalität, die dann in neuen Wahlen neu bestellt werden könnte. Tarradellas selbst erhebt sie, und fast alle katalanischen Parteien stimmen ihm bei, einige freilich mit grösserer, andere mit geringerer Begeisterung. Ob die Regierung dazu gebracht werden kann, dieser These zuzustimmen, bleibt abzuwarten.

Im Falle der Basken geht ein wichtiger Gegensatz darum, dass die Regierung vorläufig nur von einer Lösung durch *Juntas* und *Juntas Generales* für die beiden Provinzen spricht, die im Bürgerkrieg ihrer Eigenprivilegien beraubt worden sind: Vizcaya und Guipúzcoa, nicht aber von den beiden anderen, Alava und Navarra, die sich ihre Wirtschaftskonzerte erhalten haben. Die beiden letzten sind auch jene, in denen am meisten kastilisch gesprochen wird, während sich in den beiden ersten das Baskische am besten erhalten hat. Die baskischen Nationalisten sehen in den Regierungsvorschlägen einen Versuch, das Baskenland zu spalten. Sie erklären, heute komme eine Sonderbehandlung für die verschiedenen baskischen Provinzen nicht mehr in Frage; das Baskenland sei eine Einheit. Wie weit dies in der Tat der Fall ist, kann man zur Zeit nicht wissen. Die linguistischen Verhältnisse sind einigermaßen bekannt, jedoch sehr komplex, weil in den städtischen und industriellen Gegenden das Kastilische überwiegt. Ein Argument, das die baskischen Nationalisten durch das Gegenargument abweisen, die Regierung habe unter Franco absichtlich die Einwanderung von kastilischen Gruppen in die Städte und Industrieregionen gefördert, um dem Baskischen zu schaden. Ausserdem ist nicht immer sicher, dass die politischen Sympathien der Landesbewohner mit den sprachlichen Grenzen übereinstimmen. Zu diesen objektiv gegebenen und messbaren Unterschieden und Abgrenzungen gibt es noch die innerbaskische Problematik, die daraus besteht, dass ETA die volle Unabhängigkeit anstrebt, ein nicht gerade realistisches politisches Ziel, und die Basken dazu aufruft, zu kämpfen, bis sie erreicht sei. Während die gemässigten nationalistischen Parteien, unter ihnen die Baskische Nationale Partei (PNV), eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung im Rahmen des spanischen Staates anstreben. ETA hat in den Jahren der Klandestinität und Verfolgung wahrscheinlich den dominierenden Einfluss ausgeübt. Doch die PNV könnte leicht unter neuen

Umständen grösserer Toleranz, oder sogar als künftige legalisierte Partei, unter der grossen Masse der Bevölkerung wieder Einfluss gewinnen.

Seit der Zeit vor dem Bürgerkriege hat Spanien zwei Hauptprobleme gekannt: das soziale und das regionale. Die beiden hatten sich, besonders im Raum Katalonien, eng ineinander verflochten. Der Bürgerkrieg hatte ihretwillen stattgefunden. Francos langes Regime hat die Gegebenheiten der sozialen Frage entscheidend verändert. Dies geschah, indem die erfolgreiche Industrialisierung Spaniens, seit der Wirtschaftsreform von 1959/60, die Basis für einen bedeutend grösseren Reichtum legte, als es ihn je zuvor in Spanien gegeben hatte. Dieser Reichtum ist freilich recht ungleich verteilt worden; 50 Prozent aller Spanier müssen sich mit total 20 Prozent des Nationaleinkommens begnügen, und die reichsten 10 Prozent von ihnen besitzen 39 Prozent des Nationaleinkommens. Doch der Reichtum in der Form einer gewaltig angewachsenen Produktionskapazität existiert heute, und einen Anteil an ihm – der in der Zukunft leicht zunehmen könnte – erhalten auch die Arbeiter und Landarbeiter. Es ist einfach viel mehr zu verteilen da, als es je vor 1960 der Fall gewesen war. In diesem Sinne wenigstens hat das Regime Francos zur Linderung der sozialen Probleme einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die regionalen Probleme hat jedoch das Regime Francos verschärft. Heute, nach seinem Ende, ist deutlich, dass der Versuch, die katalanische und baskische Eigenart und Eigenständigkeit zu leugnen, vor allem dazu gedient hat, die Katalanen und die Basken zu irritieren. In Katalonien war es vor allem die «kulturelle Unterdrückung» – keine katalanischen Staatsschulen, keine Zeitungen, kein Theater, lange Zeit keine Bücher, kein Gebrauch des Katalanischen gegenüber den Behörden, die zu einer Art kulturellem Widerstand gegen das «Kastilische» geführt hat. Seine zu erwartende Folge für die Zukunft wird wahrscheinlich ein um so resoluter emporstrebendes, um so exklusiver katalanisch orientiertes Kulturleben im weitesten Sinne sein, mit seinen unvermeidlichen politischen Folgen.

Im Baskenland haben die Unterdrückungsmethoden, die gegenüber des «Nationalismus» verdächtigen Basken im Zuge des gnadenlosen Krieges zwischen ETA und Polizei angewandt worden sind, dazu geführt, dass sich heute eine Kluft zwischen Basken und Kastiliern aufgetan hat, wie sie wohl nie zuvor in der spanischen Geschichte bestanden hatte. Die neue Regierung von Madrid tritt in dieser Hinsicht ein schweres Erbe an, dessen volle Problematik sich heute erst abzuzeichnen beginnt.

Viele Katalanen und manche der gemässigten Basken setzen ihre Hoffnungen für die Zukunft nicht nur auf die Demokratisierungsversprechungen der Regierung von Madrid, sondern auch auf die künftige Eingliederung Spaniens in die Europäische Gemeinschaft. Sie stellen sich vor,

dass diese Eingliederung dazu führen könnte, dass ihre Länder im Rahmen eines künftigen «Europas der Regionen» ein stärkeres Eigenleben zu führen vermöchten. In Frankreich gibt es sowohl baskische wie auch eine Katalanisch sprechende Region, das Roussillon. Für die anderen europäischen Staaten könnte dies leicht bedeuten, dass für sie in der Zukunft die innerspanischen Diskussionen über die Länder und Völker der Halbinsel sehr viel näher an den Bezirk ihrer eigenen, einheimischen Politik heranrücken könnten.

(Das Manuskript dieses Aufsatzes wurde vor den Wahlen in Spanien fertiggestellt.)

ROGER BERNHEIM

Das Nationalitätenproblem im Vereinigten Königreich

Die britische Regierung und das Parlament, vollbeschäftigt mit den Wirtschaftsschwierigkeiten des Landes, müssen sich zusätzlich mit dem Nationalitätenproblem beschäftigen, das innenpolitisch an Bedeutung gewinnt. Das Problem ist facettenreich. Es geht um Schottland, Wales und Nordirland, also um die keltischen Randgebiete im Norden und im Westen. Doch diese Gebiete sind wegen ihrer Grösse und wegen ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts erheblich mehr als blosse Ränder. Sie machen 40 Prozent des Territoriums und 17 Prozent der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs aus. Schottland allein ist fast doppelt so gross wie die Schweiz und zählt 5,2 Millionen Einwohner; Wales misst 20600 Quadratkilometer, die Hälfte der Schweiz, und hat 2,7 Millionen Einwohner; Nordirland misst 14000 Quadratkilometer und zählt anderthalb Millionen Menschen, zwei Drittel davon Protestanten und ein Drittel Katholiken. Die drei Regionen bilden keine Einheit, weder geographisch noch historisch noch im nationalen Sinn. Auch sprachlich nicht, denn das keltische Gälisch, das in Irland und in Schottland gesprochen wird, unterscheidet sich stark von dem in Wales gesprochenen Kymrisch, einem dem Bretonischen nahestehenden Zweig der keltischen Sprachen. Im übrigen wer-